

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. September 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Anst.-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 113

Unsre Lebensweise jetzt und einst

Betrachten wir in aller Ruhe und mit kühler Überlegung die jetzt gegebenen Teuerungszulagen und vergleichen unsre Löhne mit den Löhnen anderer Arbeiter, so kommen wir zu dem hier schon oft gelesenen Ergebnisse: wir bekommen trotzdem und allem noch immer zu wenig. Jeder Kollege wird das leicht mit seinem Wochenwirtschaftsplan beweisen. Unzufriedenheit herrscht fast überall. Wir dürfen dabei aber nicht verkennen, daß die jetzt-Zulage nicht freiwillig und freudig von untern Arbeitgebern bewilligt wurde; die Gehilfenvertreter hatten wahrlich keinen leichten Stand und haben sicherlich nicht zaghaft nur die nun bewilligten Beträge gefordert. Das sollten doch auch die „Alles-oder-nichts“-Kollegen einsehen. Es hat wohl auch Kollegen gegeben, die angesichts des Abbauantrags der Meister daran zweifeln, daß eine Lohnerböhung eintreten werde, trotz aller misslichen Lebensbedingungen. Sie sind nun die angenehmen Enttäuschten.

Stellen wir uns aber die Frage, woher die Unzufriedenheit über die Löhne bei einem großen Teil untrer Kollegen kommt, so kann man dafür außer dem sehr hohen Lebensunterhalt noch einen andern Grund anführen: den Vergleich der Buchdruckerlöhne mit den Löhnen anderer Arbeiter, insbesondere auch mit den Löhnen der weiblichen und der ungelerten Arbeiter, und da wieder im Vergleiche von einst und jetzt. Dabei zeigt sich allerdings recht deutlich, wie sehr wir ins Hintertreffen geraten sind. Nehmen wir als frühere Durchschnittslöhne für den Buchdrucker 30 Mk., für den ungelerten Arbeiter 20 Mk. an, so war das ein Verhältnis von 3 zu 2; heute verdient der Buchdrucker beispielsweise 100 Mk., der ungelern' Arbeiter 80 Mk., also ein Verhältnis von 5 zu 4. Das sollte untern Arbeitgebern zu denken geben. Leider ist der Grundsatz: „Wie die Arbeit, so der Lohn“, noch lange nicht zur Geltung gebracht, und gerade in den Kreisen der ungelerten Arbeiter findet man die meisten Feinde gegen diesen Grundsatz; sie bekämpfen ihn geradezu, weil sie „denselben Hunger“ haben wie die gelerten Arbeiter.

Diese Verhältnisse verschlechtern sich aber noch mehr, wenn wir auf die jüngeren Arbeiter und Buchdrucker zurückgehen. Der Lehrling im vierten Lehrjahre sieht betrübt zu, wie der gleichaltrige Arbeitsburche am Lohnstag und auch an andern Tagen sich 20 Zigaretten für 8 Mk. kauft, eine Tafel Schokolade für 10 Mk. ausliefert, als ob sie 10 Pf. kostete. Auch als jungem Gehilfen geht es ihm nicht viel besser. Wer in Berlin z. B. mit offenen Augen am Lohnabgabe- und durch die Straßen wandert, wird immer und überall die Wahrnehmung machen, daß die „kleinen“ Arbeitsmädchen und die gleichaltrigen „Herren“ Arbeitsburichen den Warenmarkt beherrschen. Jeder Preis wird gezahlt, und mancher Familienvater, dessen gleichaltrige Kinder in einem andern Stadtteile vielleicht ebenso „wirtschaften“, geht kopfschüttelnd und mit ganz eignen Gedanken nach Hause.

Natürlich sind es die jugendlichen Käufer nicht allein; die Frau im schlechtesten Rodie kauft heute die teuersten Lebensmittel ebenso wie die „Dame“, die von Brillanten froh; nur der Ort des Kaufens ist verschieden: jene am Wagen, diese im vornehmen Geschäft. Die Folgen bleiben nicht aus. Bald nach Aufheben der Blockade bekommen wir viel Auslandsware ins Land; das war gut so. Jetzt aber müssen wir feststellen, daß beinahe jede Ware „Auslandsware“ ist, wenigstens dem hohen Preise nach, der damit begründet wird. Tatsächlich wird ja auch viel vom Auslande bezogen. Nehmen wir z. B. Schokolade und Zigaretten heraus; Amerika und England sind die Lieferanten. Je mehr Nachfrage nach dieser Ware, desto höher wird der Preis, hier so wie im Auslande. Wer etwas kaufen will, muß Geld haben; wir aber haben kein Geld; wir haben nur Papier. Jeder Papierchein ist ein Schuldschein. Wenn ich heute einen Schuldschein über 100 Mk. an einen Zweiten geben will, so wird er ihn nur nehmen, wenn er weiß, daß ich ihn einlösen kann; d. h. ich werde die 100 Mk. abarbeiten können, ihm d. h. für irgendwas liefern können. Ist es dem Zweiten jedoch bekannt, daß ich schon arg verpulvert bin, dann wird er mir meinen Schuldschein gar nicht erst abnehmen, d. h. ich kann von ihm nicht kaufen, kann nichts bekommen.

So ist es auch im Verkehr der Staaten miteinander, im internationalen Handelsverkehr. Deutschland ist durch

den unflügeln Krieg nicht nur arg ver schuldet, sondern auch noch verarmt. Große Werte sind verpländert, größere in die Hände der Gegner gekommen, und noch größere geben beinahe tagtäglich verloren dadurch, daß an vielen Stellen nichts erzeugt wird. Es wird getreitet; ob mit oder ohne Berechtigung, das ist eine Sache für sich. Die unmittelbar am Streik beteiligten Arbeiter und Unternehmer haben vielleicht gar nicht einmal nennenswerten Schaden davon; aber auf die gesamte Volkswirtschaft wirken die Folgen dann ein. Das Ausland, das uns auf Schuldscheine Waren liefern soll, sagt sich mit Recht: Das Risiko ist sehr groß; wenn ich schon einbehalte, dann muß auch etwas dabei herauspringen. Und so kommt es, daß untre Papiermark augenblicklich etwa nur noch 15 Pf. wert ist, und die Preise, die wir im Auslande zahlen müssen, dementsprechend hoch sind.

Allerdings spielen hierbei auch noch andre Dinge mit eine Rolle, die wohl wesentlich sind, aber im „Korr.“ nicht erörtert werden können, weil er kein Handels- und Finanzblatt ist. Das steht aber fest: Die geschädigten Verhältnisse tragen unfehlbar mit bei zu dem derzeitigen miserablen Stand der Markvaluta, deren Bewegung ich hier noch durch ein paar Zahlen zeige. Für 100 Schweizerische Franken wurden beispielsweise gezahlt am

31. Juli 1914	81,45 Mk.
Anfang 1915	87,25 "
" 1916	104,75 "
" 1917	117,12 "
Ende 1917	117,75 "

Wir sehen aus diesen Zahlen, daß bis Anfang 1915, also im ersten halben Kriegsjahre, das Vertrauen noch nicht erschüttert war, weil man auch im Auslande mit der Beendigung des Krieges „nach sechs Wochen“ rechnete. Die kleine Erhöhung des Preises um nicht ganz 6 Mk. ist unwesentlich. Aber schon ein Jahr später kommen wir ins Hintertreffen; 23,30 Mk. müssen wir mehr bezahlen gegenüber dem Friedenspreise. Noch ein Jahr später, Anfang 1917, sind es schon 35,67 Mk. Der Stand hält sich so ziemlich mit einigen Schwankungen bis zum Jahresabschluss. Das Jahr 1918 aber zeigt uns deutlich an der Bewegung des Marktkurses den Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Ich lasse die Zahlen selbst sprechen, die ich Berliner Blättern entnommen habe. Es wurden bezahlt für 100 Schweizerische Franken am

1. April 1918	112,75 Mk.
29. Juni	133,75 "
31. Juli	151,00 "
31. Oktober	137,00 "
31. Dezember	173,50 "

Die beiden letzten Zahlen zeigen die Einwirkung des verlorenen Krieges und der Revolution mit erschreckender Deutlichkeit. Daß auch die neue Staatsform mit der fortwährenden Zerrung des Wirtschaftsmarktes nicht zu einer Festigung beitragen konnte, wozu dann noch die schmachlischen Friedensbedingungen kamen, zeugen die Zahlen für das Jahr 1919, soweit sie bis jetzt vorliegen (wiederum für 100 Schweizerische Franken):

31. März 1919	218,00 Mk.
30. Juni	250,00 "
31. Juli	298,00 "
23. August	377,00 "

Inzwischen ist der Kurs der Mark aber noch weiter gesunken, wie man den folgenden Zellen der „Vossischen Zeitung“ vom 17. September entnehmen kann, die meine Ausführungen stützen und ergänzen: „Wir haben eine religiöse Einbuhr von allerhand Vurusartikeln, und diese Einbuhr, die Milliarden deutscher Zahlungsmittel ins Ausland gebracht hat, hat nicht wenig dazu beigetragen, die Mark zu entwerten und entsprechend die notwendigen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen, die wir nicht entbehren können, zu veräuern und damit zu erschweren. Wenn man den Kurs von 1150,75 Mk., der gestern an der Berliner Börse für 100 holländische Gulden (30. 7. 1914 = 168,80 Mk.) notiert wurde, in Beziehung setzt zu den Goldwerten der Mark und des Gulden, so ergibt sich, daß die Papiermark heute im Auslande mit knapp 15 Pf. bewertet wird. Was das für die Preisgestaltung aller Einbuhrwaren und für die Rückwirkung auf die Preise aller vom Weltmarkte beeinflussten Waren bedeutet, ist un schwer zu ersehen.“ Also: 1 Mark = 15 Pf.! Danach müssen wir untre Lebenshaltung und untre Löhne bewerten, dann haben wir den Maßstab zum Vergleiche für untre Lebensweise jetzt und einst.

Berlin.

Artus.

Die Bezahlung der Nachtüberstunden

Wenn man die Bezahlung der Überstunden, speziell der Nachtüberstunden, betrachtet, so kommt man zu der Überzeugung, daß dies in keinem Verhältnis zum jetzigen Tagelohn, überhaupt zu den heutigen teuren Verhältnissen steht. Die tarifliche Festlegung der Überstunden ist nur für normale Zeiten berechnet. In den meisten Gewerben werden die Überstunden mit 50 Proz., die Nachtüberstunden mit 75 Proz. des Tagelohns berechnet. Und bel uns? Eigenartige Über ergeben sich da. Die ersten Tagesüberstunden werden mit 43 Pf. in Städten mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Stundenlohn durchschnittlich 2,50 Mk., also Überstunden noch nicht einmal mit 16 Proz. Zuschlag. Von 9 bis 11 Uhr nachts 68 Pf. — etwa 26 Proz., von 11 bis 12 Uhr nachts 86 Pf. — etwa 33 Proz. Der Nachzuschlag für eine Arbeitsstunde, wo der Dienst von 4 bis 11 Uhr nachts geht, beträgt von 9 bis 11 Uhr die Stunde 50 Pf., Überstunde 68 Pf., bleibt für die Nachtüberstundenentschädigung 18 Pf. liegt nun der Dienst von 5 bis 12 Uhr nachts, beträgt für die Stunde von 11 bis 12 Uhr der Nachzuschlag 70 Pf., die Überstunde wird für die gleiche Zeit mit 86 Pf. entschädigt, also eine Mehrentschädigung für eine Mitternachtsüberstunde 16 Pf.!

Noch eigenartigere Verhältnisse ergeben sich bei der Vergleichung der Tages- zu den Nachtüberstunden. In derselben Abteilung arbeitet Schicht A von 1 bis 8 Uhr und Schicht B von 4 bis 11 Uhr. Da viel Anzeigen erwartet werden, muß die Schicht B am andern Tage um 1 Uhr mittags anfangen und erhält für die ersten beiden Stunden je 43 Pf. — 86 Pf., für die dritte Stunde 68 + 25 Pf. = 93 Pf., Überstundenentschädigung für die 3 Stunden 86 + 93 Pf. = 1,79 Mk., Nachzuschlag für die Zeit von 9 bis 11 Uhr pro Stunde 50 Pf. = 1 Mk., zusammen also nur 2,79 Mk. Zuschlag. Um 8 Uhr liegt noch viel Arbeit auf; Schicht A muß von 8 bis 11 Uhr Überstunden machen und erhält als Entschädigung Zuschlag von 8 bis 9 Uhr = 43 Pf., von 9 bis 11 Uhr die Stunde 68 Pf. = 1,36 + 25 Pf. (die 25 Pf. gerechnet für die erste Stunde) = 1,61 + 0,43 Mk. = 2,04 Mk. Die Schichten haben eine gleiche Arbeitszeit hinter sich, beide von 1 bis 11 Uhr nachts, und trotzdem geht die Schicht A, die sogar Nachtüberstunden machen mußte, mit 75 Pf. weniger nach Haus als die Schicht B, die die Tagesüberstunden machen und sich auf dieselben vorbereiten konnte, da diese angelegt waren. Liegt da nicht eine Ungerechtigkeit vor?

Ebenso: Schicht C hat Dienst von 5 bis 12 Uhr nachts. Am Tage vorher wird gefagt: Morgen eine Stunde früher! Also eine Überstunde vorher mit 43 Pf. Zuschlag, außerdem Nachzuschlag von 9 bis 12 Uhr: 1,70 Mk. — Gesamtaufschlag 2,13 Mk. Schicht B, die von 4 bis 11 Uhr nachts arbeitet, muß eine Nachtüberstunde von 11 bis 12 Uhr machen, erhält also Zuschlag von 9 bis 11 Uhr = 1 Mk., von 11 bis 12 Uhr Überstundenentschädigung 86 Pf., insgesamt also 1,86 Mk., mithin 27 Pf. weniger als Schicht C, die vorbereitet eine Tagesüberstunde machte.

Kann also die Art, wie die Nachtüberstundenberechnung stattfindet, richtig sein? Ich sage nein! Die Absicht bei der Preisfestlegung der Nachtüberstunden war doch die, für die Nachtüberstunden eine höhere Entschädigung festzulegen; und was ergab die Praxis? Das Gegenteil! Die richtige Entschädigung für die Nachtüberstunden kann nur die sein, wenn Nachzuschlag plus Überstundenzuschlag berechnet wird, also von 9 bis 11 Uhr nachts die Stunde 50 + 68 Pf., von 11 bis 12 Uhr nachts 70 + 86 Pf.

So halten wir es in untrer Störktorenabteilung nach Rücksprache mit dem Abteilungsleiter und dem Lohnbureau gemacht, und die Nachtüberstunden bei Vorkommen auch darauf bezahlt erhalten, bis die Geschäftsleitung kam und sagte, diese Berechnungsweise wäre falsch und die gezahlten Nachzuschläge wieder in Abzug brachte. Das Tarifschiedsgericht, das angerufen wurde, sah die Differenzen wohl ein, entschied aber zugunsten des Geschäfts, weil der Tarif nichts anderes vorschreibt, trotzdem ich von dem Gegenstand überzeugt bin.

Bei Wiederzukommen der Tarifinstanzen resp. Streiksvertreter wäre es nun wohl an der Zeit, auch hier die richtige Entschädigung festzulegen, sonst kann man es keinem Geschäft verargen, wenn er bei den jetzigen Zeitverhältnissen bei derartiger Entschädigung die Nachtüberstunden verweigert.

-se., Berlin.

Papiernot und Papierverkuerung

Änderung in der Papierbewirtschaftung

Am 1. Oktober tritt die Bundesratsverordnung über die Beschaffung billigen Papierholzes für Zeitungspapier außer Kraft; damit löst sich die Tätigkeit der Reichsstelle für Papierholz für Ende. Da jedoch die Sicherstellung des Papierbezugs der Tagespresse bei unvermitteltem Ausbruch jeder Notlage gefährdet wäre, haben, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, die beteiligten Fabrikanten und Verlegerverbände beschlossen, eine private Wirtschaftsstelle in Form einer G. m. b. H. zu schaffen, die die bisherige Fürsorgepflicht in der Reichsstelle übernehmen soll. Insbesondere ist ihre Aufgabe die Verbringung der Druckpapierfabriken mit Koble und sonstigen Rohstoffen. Das Reichswirtschaftsministerium wird zu dieser privaten Organisation einen Kommissar stellen.

Im übrigen bleibt die amtliche Bewirtschaftung des Zeitungspapiers durch die Reichswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe im Übereinstimmung mit den Zeitungsverlegern zunächst weiter bestehen.

Das gilt vor allem hinsichtlich des Druckpapiers für den Buch- und Zeitschriftenverlag. Hier haben die beteiligten Verlegerkreise gebeten, die amtliche Bewirtschaftung und damit die Kontingentierung ihres Papierverbrauchs auch über den 1. Oktober 1919 hinaus fortzusetzen. Das Reichswirtschaftsministerium, das an sich bereit war, die Kontingentierung aufzuheben, hat, diesem dringenden Wunsch folgend, beschlossen, auch die Bewirtschaftung des Druckpapiers für den Buch- und Zeitschriftenverlag zunächst noch für ein Vierteljahr weiter zu verlängern.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bielefeld. In unserm Bezirksbericht in Nr. 91 kritisierten wir die Tatsache, daß in der Druckerei des „Westfälischen Volksblatts“ in Paderborn, wo fast ausschließlich Ostpreußen beschäftigt sind, Überstunden in größerer Zahl geleistet werden, obwohl im Bezirke Bielefeld noch eine stattliche Zahl arbeitsloser bzw. notgedrungen außerberuflich tätiger Kollegen zu verzeichnen ist. Eine daraufhin in Nr. 34 des „Typograph“ erschienene langatmige Erörterung von Franz Kleinshulte bezeichnete unter großen Ausfällen gegen die Verbandsmitglieder unsere Darstellung als eine wissenschaftlich falsche, obwohl sie in keiner Beziehung entkräftet werden konnte. Die Gehilfen des genannten Geschäfts hätten sich nach Kleinshulte bereit erklärt, die zur Fertigstellung der Montagsausgabe notwendige Sonntagsarbeit von 7 bis 11 Uhr abends zu kompenzieren, falls Arbeitslose dadurch eingestellt werden könnten. Die Geschäftsleitung habe jedoch darauf geantwortet, daß von der Einstellung weiterer Gehilfen keine Rede sein könne. An den Wochentagen würden keine oder fast keine Überstunden gemacht; solche würden aber nicht immer zu verhindern sein, da es vorkommen könne, daß kurz vor Schluß noch eilige Sachen einlaufen, die unbedingt mit müßten. Damit glaubte Herr Kleinshulte den Beweis geleistet zu haben, daß das Personal des „Westfälischen Volksblatts“ seine volle Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den arbeitslosen Kollegen getan habe. Auf seine Schwärmerien und Unterstellungen einzugehen, ersparen wir uns und bemerken zur weiteren Klarstellung des Sachverhalts noch folgendes: Gehilfenhaftig war bei Herrn Ernst, dem Verwalter des hiesigen Arbeitsnachweises, Beschwerde darüber eingegangen, daß im Betriebe des „Westfälischen Volksblatts“ in Paderborn sehr viel Überstunden geleistet werden. Als Gehilfenvorstandender am hiesigen Tarifschiedsgerichte begab sich Herr Ernst zu genannter Firma, wies auf die bestehenden Mißstände hin und ersuchte um Abhilfe. Die einstündige Unterredung, an welcher der Direktor, Faktor und zwei Gehilfen (Ostpreußen und Verbandsmitglied) teilnahmen, führte dahin, daß die Sonntagsüberstunden kompenziert und von den Gehilfen wechselseitig geleistet werden sollten. Da noch zwei Kollegen (ein erkrankter und ein im Generalsoldatenrats-Münster tätiger) eingestellt werden müßten, würden weitere Einstellungen nicht erfolgen, zumal von der Werkabteilung der Firma Schöningh, die verhärtet arbeiten solle, ausgeschlossen werden könnte. Kollege Ernst gab sich mit dieser Regelung zufrieden in der Erwartung, daß nach Befreiung der Mißstände mit der Zeit Einstellungen doch wohl erfolgen müßten. Man solle bei der Wahrheit bleiben, ermahnte Herr Kleinshulte in seiner Erwidmung. Wahr ist, was wir geschrieben haben. Von einer 48-Stunden-Arbeitswoche kann im „Westfälischen Volksblatt“ keine Rede sein, da außer der regelmäßigen Sonntagsüberstundenarbeit auch noch an den Wochentagen bei Bedarf Überstunden gemacht werden, was ja Herr Kleinshulte selbst zugab. Trotz ausdrücklichen Verbots des Demobilisierungskommissars im Regierungsbezirke Minden werden also im genannten Betrieb Überstunden geleistet. In Betrieben, wo ausschließlich Verbandsmitglieder tätig sind, werden in unserm Bezirk überhaupt keine Überstunden gemacht. Sollte aber doch einmal Überarbeit unvermeidlich sein, so wird an einem anderen Tag entsprechend weniger gearbeitet. Wir empfehlen den Ostpreußenbindlern von Paderborn dies zur Nachahmung. Es muß für die arbeitslosen Kollegen Arbeitsgelegenheit geschaffen werden; mit Überstunden erreicht man dies nicht. Die Behauptung Kleinshultes, ein Drittel der in genannter Druckerei tätigen Buchdrucker gehöre dem Verband an, entspricht nicht den Tatsachen. Auf 14 Bündler (darunter der Preis- und Strei-

vorstehende) kommen vier Verbändler. Von letzteren schließt sich einer freiwillig der Überarbeit aus, auch macht der Maschinenmeister keine Überstunden; danach kommen also nur zwei Verbändler gegenüber 14 Bündlern in Betracht. Was wir gerügt haben, sind die wirklich bestehenden Mißstände in dem Betriebe des „Westfälischen Volksblatts“. Darüber helfen alle Stralenausdrücke und Beschönigungen von bündlerischer Seite nicht hinweg.

Duderstadt. Am 7. September fand hier eine Versammlung statt, zu der die hiesigen Verbandsmitglieder sowie einige Ostlinger Kollegen erschienen waren. Nachdem der Vertrauensmann die hiesigen Lohn- und Tarifverhältnisse eingehend geschildert hatte, gab Bezirksvorstandender Schnerl (Göttingen) einen Bericht vom Ausgang. Sodann wurde ein Dissoverlein gegründet. Hauptsächlich trägt diese Gründung dazu bei, das Verbandsinteresse und die gewerkschaftliche Betätigung am hiesigen Platze zu fördern.

Bezirk Erfurt. Die am 7. September im „Rheinischen Sol“ zu Erfurt abgehaltene Bezirksversammlung wurde durch ein Begrüßungslied des Gesangsvereins „Ostpreußen“ eingeleitet. Sie war von 237 Mitglidern aus neun Druckereien besucht. Das Andenken der in dem Weltkriege gefallenen 70 Mitglieder wurde in üblicher Weise geäußert. In seinem Vorstandsberichte kannte der Vorsitzende auf das kaudige Ereignis hinzuweisen, daß außer einigen andern Firmen auch die beiden in Göttingen bei Sinsenau den Tarif anerkannt haben, was zur Folge hatte, daß in Göttingen ein Dissoverlein gegründet wurde, dem zur Zeit 20 Mitglieder angehören. Den wichtigsten Tagesordnungspunkt bildete ein Referat über die letzte Tarifauschussung, das Kollege Schaeffer (Leipzig) gab. In seinen Ausführungen schilderte er den Gang der überaus schwierigen Verhandlungen, bei denen es diesmal hart auf hart ging. In der Diskussion wurde zwar anerkannt, daß man mit der Tätigkeit der Gehilfenvertreter wohl einverstanden sein könne, daß aber das Resultat der Verhandlungen nicht im entferntesten befriedige und die Prinzipalität den Vätern der Gehilfenerschaft mehr Rechnung tragen müsse. Von Sinsenau und Eubel gingen Anträge ein, diese beiden Orte mit dem Bezirksvorort zu einem besonderen Wirtschaftsgebiete zusammenzuziehen und mit möglichst einheitlichem Lokalaufschlag zu belegen. Nach kurzer Begründung wurden diese Anträge von der Bezirksversammlung angenommen und der Vorstand beauftragt, sie dem Kreisamt zu unterbreiten. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt und die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung ihm übertragen.

Effen. (Versammlung am 1. September.) Die Entgegennahme der Berichterstattung von dem Resultate der Tarifauschussverhandlungen hatte einen guten Versammlungserfolg zur Folge. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erstattete sodann Kollege Faust an Hand des in Eberfeld vom Kollegen Albrecht gegebenen Referates Bericht über diesen Punkt. An die Ausführungen des Redners schloß sich eine sehr lebhaft ausgeprägte Diskussion an, wobei besonders die Bevorzugung der Maschinenwerker bei der Steuerungsulage, die doch durch die sorgfältig steigenden Preise in keiner Weise besonders getroffen würden. Von einigen Kollegen wurde gegen die Abmachungen des Tarifauschusses überhaupt Stellung genommen und beantragt, sich der Resolution der Eberfelder Kollegen, die diese Abmachungen verwirft, anzuschließen. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag abgelehnt und mit großer Mehrheit eine Resolution des Kollegen Faust angenommen, in der die Versammlung ihre Entrüstung über den geradezu aufreizenden Antrag der Prinzipale auf Abbau der Steuerungsulage in einer Zeit, wo die Lebenshaltung sich noch immer weiter verteuert, ausdrückt. Sie bedauert, daß durch derartige kurzfristige Anträge die Ruhe und der Frieden im Gewerbe empfindlich gestört werden. Den Gehilfenvertreter wurde für ihre zähe und energische Tätigkeit Dank ausgesprochen. Die Versammlung bedauerte jedoch das mangelnde Entgegenkommen der Prinzipale in den Fragen betreffend Verhinderung der Arbeitszeit, Abtragung größerer Rechte an die Ausschussmitglieder usw. Die erreichte finanzielle Aufbesserung entspreche wiederum nicht den notwendigsten Bedürfnissen. Trotzdem erkannte die Versammlung das Erreichte an, behält sich jedoch vor, bei weiterer Verteuerung der Lebenshaltung auch schon vor dem 1. April an die Prinzipale mit neuen Forderungen heranzutreten. Von den hiesigen Prinzipalen wird erwartet, daß sie die neue Uelage schon ab 1. September dieses Jahres zur Auszahlung bringen. Die am Orte bestehende Kommission zur Regelung örtlicher Angelegenheiten wurde beauftragt, wegen des letzten Teiles der Entschlebung mit der Prinzipalität in Fühlung zu treten. In den Verband aufgenommen wurden 16 Kollegen; dem Ausschusse verließ ein Mitglied.

Freiburg i. Br. In diesen Tagen konnte Kollege Karl Schwarz, Faktor in der „Breisgau-Zeitung“, auf eine 50-jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Von einer lehrreichen Begehung des Tages wurde, einem Wunsche des Jubilars entsprechend, abgesehen. Der Gauvorsitzer, der Bezirksvorsteher und der Vertrauensmann des Geschäfts beglückwünschten den Jubilant am Vorabend des Gedenktages. Möge der Jubilant in gleicher Rüstigkeit auch das goldene Verbandsjubiläum feiern.

Stelw. Die am 6. September einberufene Versammlung erlebte zunächst fünf Neuaufnahmen. Gleichzeitig gab der Vorsitzende bekannt, daß am Ort eine neue Zeitung „Polnisch Standard“ gegründet sei, was eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zur Folge habe. Der Klassenbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Die Abrechnung vom Johannistag ergab einen Überschub von 103 Mk. Hierauf erstattete Kollege Kramer eingehenden Bericht über die letzte Tarifauschussung. Zur besonderen Aufklärung betriebs des besetzten Gebiets und der Neuregelung der Lokalaufschläge verlas er gleichzeitig ein Schreiben unfres Gehilfenvertreter. Nach längerer Aussprache erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Erreichten und sprach den Gehilfenvertreter für die energische Vertretung der Gehilfeninteressen Dank aus. Das diesjährige Stillungsfest im November soll nach hinführliger Pause wie in früheren Friedenszeiten durch eine würdige Feier begangen werden.

Hamburg. Eine Versammlung der tarifstreuen Buchdruckergehilfen des Tarifkreises X fand am 31. August in „Bans“ Gesellschaftsraum“ hier statt, zu der auch Vertreter aus den Provinzialorten zahlreich erschienen waren, um einen Bericht des Gehilfenvertreterers Runkler entgegenzunehmen über die Veranungen des Tarifauschusses. Der Referent schilderte in ausführlicher Weise die enormen Schwierigkeiten dieser Tagung, um mit der Prinzipalität zu einer Einigung zu kommen, da ein Streik unter den augenblicklichen Verhältnissen zu ganz enormen Säudivungen des Wirtschaftslebens geführt hätte. Leider war das Resultat dieser Verhandlungen nicht den Wünschen der Gehilfen entsprechend. In der Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß die Lohn-erhöhung viel zu gering sei. Wie bei solchen minimalen Löhnen der Buchdrucker seine Familien der Familie, dem Staat und der Allgemeinheit gegenüber erfüllen könne, sei ein Rätsel. Während die Erhöhung der Löhne der Buchdrucker immer später erfolgt ist als in andern Berufen, sei es unfern Meistern vorbehalten, als erste den Antrag auf Abbau der Löhne zu stellen, trotzdem sie es verstanden, jede Lohn-erhöhung auf die Kundschäft abzuwälzen. Auch die Provinzkollegen lehnten das Erreichte unter recht drastischen Ausdrücken ab. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sich die tarifstreuen Gehilfen mit dem Resultate der Tarifauschussung in keiner Weise zufrieden. Auch mit den nun gewährten Steuerungsulagen reichten die Löhne der Buchdruckergehilfen nicht aus, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Hamburger Kollegen schloß bedauernd besonders, daß der Tarifauschuss nicht die dringend nötige Gleichstellung mit Berlin herbeigeführt hat. Nur die gewerkschaftliche Disziplin und die Rücksicht auf die fräurige Wirtschaftslage Hamburgs, insbesondere auch die des Buchdruckerwerbes, veranlaßt die Hamburger Kollegen, von der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zur Zeit Abstand zu nehmen. Ein Abbau der Löhne in unserm Gewerbe kann erst dann in Frage kommen, wenn wirklich eine nennenswerte Erleichterung der Lebenshaltung eingetreten ist. Der Abbau hat in dem gleichen langsamem Tempo zu erfolgen, in dem der Aufbau vor sich gegangen ist.

G. Hildesheim. Eine sehr gut besuchte Versammlung nahm am 1. September den Bericht über die Tarifauschussung entgegen. In der Aussprache kam die Empörung über den Antrag auf Abbau der Löhne zum Ausdruck, und das „soziale Empfinden“ wurde entsprechend gewürdigt. Die Ansicht, daß die gewährte Steuerungsulage nicht im geringsten mit der Verteuerung der Lebenshaltung in Einklang zu bringen sei, war allgemein. Scharfe Kritik wurde auch daran geübt, daß der Fernruf zur Zahlung der Steuerungsulage so weit hinausgeschoben wurde.

Ludwigshafen a. Rh. Am 4. September fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich zu den Beschlüssen des Tarifauschusses zu äußern. Einleitend bedauernd Vor-sitzender Hoff, daß es uns infolge der Verkehrsperre nicht möglich sei, durch den Gehilfenvertreter einen Bericht über die Tagung des Tarifauschusses erstatten zu lassen, wodurch manch falsche Auffassung und damit auch mancher Anlaß zur Verärgerung hätte aus dem Wege geräumt werden können. Er ging dann an Hand des „Korr.“ die einzelnen Punkte der Beschlüsse durch, dieselben in ihrer praktischen Anwendung erklärend. Wenngleich er mit Rücksicht darauf, daß die Beschlüsse für uns jetzt Gesetz seien, deren Anerkennung empfahl, so vertrat er doch den Standpunkt, daß die materiellen Zugeständnisse bei weitem zu gering seien. In der nun folgenden Aussprache trat so recht der Anzwill der Kollegen über die den heutigen Verhältnissen zu wenig Rechnung tragenden Beschlüsse auf. Speziell die Anzulänglichkeit der neuen Steuerungsulage, die Bevorzugung der Maschinenwerker sowie der Abbau 4 unter A der Bekannmachung des Tarifamts waren Gegenstand heftigster Angriffe gegen unfre Gehilfenvertreter, und es entsprach ganz der Stimmung der Versammlung, wenn am Schluß fast einstimmig eine Entschlebung Annahme fand, in der das Ergebnis der Tarifauschussung für die Ludwigshafener Verhältnisse als durchaus ungenügend bezeichnet wurde.

W. Marburg. Die am 31. August abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht. Unserm verstorbenen Gehilfenvertreter Porten wurde ein warmer Nachruf gewidmet. Nachdem der Klassenbericht seine Erledigung gefunden, nahm man den Bericht unfres jetzigen Gehilfenvertreterers Nepeck von der Tarifauschussung entgegen. Redner gab uns in klarer und ausführlicher Weise ein Bild der Verhandlungen. Wenn auch die Steuerungsulage recht niedrig ausgefallen ist, so ist für Marburg doch Aussicht vorhanden, vom 1. Januar ab einen höheren Lokalaufschlag zu erhalten. Unserm Gehilfenvertreter wurde für seine Ausführungen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Hierauf kam man zu der Feier unfres 50-jährigen Verbandsjubilars Jakob Schwafage. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden wurde ihm im Namen des Bezirkes ein Geldgeschenk überreicht.

Kollege Nepecks gratulierte im Namen des Bauvorstandes und des Bezirks Frankfurt a. M. Zahlreiche Ehrungen wurden dem Jubilar von nah und fern zuteil. Die Kollegen blieben bis spät abends mit dem Jubilar verknüpft.

München, (Versammlungen des Ortsvereins.)
Am 29. August fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, an der auch Kollegen aus Wiesbaden, Paderborn und Straßburg teilnahmen, um den Bericht über die Tarifausführung entgegenzunehmen. Nach der üblichen Erörterung der in letzter Zeit verstorbenen Kollegen Karl Engelbrecht, Gustav Günter, Franz Seiler und Anton Wolfram, der Aufnahme von 40 meist neuangeworbenen Kollegen und Erledigung verschiedener geschäftlicher Mitteilungen sowie einer Ergänzungswahl zum Ortsvorstand erstattete Kollege Hermann einen ausführlichen Bericht über die Beschlüsse des Tarifausschusses. Dieser war eine alle Einzelheiten dieser Sitzungen eindrucksvoll ergänzende Erläuterung des Beschlussesprotokolls im „Storr.“. In dieses Referat schloß sich eine längere Aussprache an, die in einer Versammlung am 11. September fortgesetzt wurde. In dieser Aussprache wurde zwar die Tätigkeit der Gehilfenvereiner anerkannt, die erreichte Erhöhung der Feuererzeugnisse aber als ganz ungenügend bezichnet, weil diese durch die inzwischen eingetretene Verteuerung nahezu wieder zunichte geworden ist. Entschieden verurteilt wurde die Absicht der Prinzipalvereiner, jetzt an einen Abbau der Feuererzeugnisse zu denken. Das ideale Ergebnis der Tarifausführung könne durchaus nicht befriedigen, denn alle Verbesserungen auf sozialem Gebiete seien nur Folge der Notwendigkeit. Eine weitere Arbeitszeitverlängerung müsse unbedingt eintreten, schon infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse in den Großstädten. Befordert wurde aber auch bei den kommenden Tarifverhandlungen mehr Mitbestimmungsrecht der Allgemeinheit und eine ganz andere Organisation unserer tariflichen Institutionen und deren Tätigkeit. Auch mit dem Termin für Abhaltung der nächsten Generalversammlung waren verschiedene Redner nicht einverstanden, weil er zu spät gelegt sei. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer Entschließung niedergelegt, von der die Punkte 1, 2, 4, 5, 6 und 7 fast einstimmig, Punkt 3 mit 149 gegen 114 Stimmen angenommen wurden. Die einzelnen Punkte belaufen: 1. Die Versammlungen erklären einstimmig das Ergebnis der Tarifausführungsverhandlungen als vollkommen unbefriedigend, um so mehr als das materielle Zugeständnis an und für sich infolge der steigenden Lebensverteilung weggemacht, durch die Abweisung der Forderungen idealer Natur als zu teuer betrachtet werden muß. 2. Die Verhandlungen erbrachten für die Gehilfen neuerdings den Beweis, daß auf diesem bisher begangenen Weg opportunistischer Ausgleichsverträge weder eine befriedigende Lösung der speziellen Arbeiterinteressen, noch eine Geltung des allgemeinen Wirtschaftslebens herbeigeführt wird. Sie lehnen die Fortsetzung der bisherigen Lohn- und Tarifpolitik nachdrücklich ab. 3. Aufg. schärfste wenden wir uns gegen die Absicht, den bestehenden Tarifvertrag zum Reichsgebot zu erheben und fordern von unsern derzeitigen Verbandsfunktionären, daß sie diese Absicht in keiner Weise unterstützen oder propagieren. 4. Die Versammlungen erkennen einmütig und allein in der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine planmäßige, sozialistische Wirtschaftsordnung die Lösung der bestehenden Mißverhältnisse. 5. Im Betriebsrätchessystem, bei vollem Mitbestimmungsrecht, erblicken sie das alleinige Mittel zur Erreichung des Zieles. 6. Die Annahme neuerlicher Verhandlungen noch vor Ablauf dieses Jahres ist in Anbetracht des unbefriedigenden Abschlusses, der bis Ende März 1920 in Kraft bleiben soll, eine unbedingte Forderung der Versammlungen. 7. Die Versammlung nimmt mit Freude Kenntnis von dem Beschlusse der Berliner Kollegen und fordert gleichfalls die übrigen Kollegenschaft auf, sich einmütig dem Protest anzuschließen zwecks Erringung einer wahren „sozialistischen Gesellschaftsordnung“. (Inzwischen hat sich die wirkliche Einigung in der Berliner Kollegenschaft beinahe nach ganz anderer Richtung hin voll gemacht. Red.)
Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden außerdem noch folgende Anregungen ausgegeben: 1. Der Zusammenschluß des Gewerbes der Buchdrucker soll in Form von graphischen Kartellen sofort in die Wege geleitet werden für das gesamte deutsche Tarifgebiet. Die alsbald einzuberufende Generalversammlung des Buchdruckerverbandes soll auf Grund bereits geleisteter Vorarbeit Hand in Hand mit Vertretern der andern Branchen das gesamte Kartell proklamieren und ausbauen. 2. Der Beitrag der Mitglieder soll erhöht werden nach Vorschlägen, die sofort im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand gefaßt werden und der Versammlung zu unterbreiten sind. 3. Die Generalversammlung soll alsbald einzuberufen. 4. Die Verbandseitung soll sofort Mittel und Wege zur Provinzpropaganda ergreifen, um zusammenfassend mit allen vorliegenden Anträgen eine geschlossene Front zu erzielen.

△ Offenbach a. M. (Bezirksversammlung am 4. September.) Der Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorliegender Mitbürger dem verstorbenen Gehilfenvertreter des III. Tarifkreises, Kollegen Franz Wörten, warme Worte der Anerkennung für seine aufopfernde Tätigkeit, und die Anwesenden ehrten sein Andenken in der üblichen Weise. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Verichterstattung über die Tarifausführung, wofür undankbarste Aufgabe sich unser Gehilfenvertreter Nepecks (Frankfurt a. M.) in musterhafter Weise unterzog. Aus der später hierüber eingehenden Aussprache sei als Extract festgehalten, daß die Gehilfenvertreter wohl das Realisierbare getan haben, um zu erreichen, was zu erreichen war. Aber trotzdem konnte man sich nicht in befriedigender Weise dazu äußern, da durch die grebe

Verteuerung noch an allen Kollegentüren die Not pocht. Während des ganzen Krieges sind die Buchdrucker die Stillhalter gewesen und deshalb muß vor allen Dingen an eine Beseitigung der Kollegen gedacht werden. Das Größte ist minimal und hält nicht Schritt mit der jetzigen Lebenshaltung. Von der Fälligkeit einer Entschleunigung wurde Abstand genommen, aber der Mensch Raum gegeben, daß an einen Abbau der Löhne nicht zu denken ist.

Quedlinburg. Unser Ortsverein beschloß nach Anhörung der Verichterstattung über die Tarifausführung, die Erhöhung der Feuererzeugnisse um 6 M., als den bestmöglichen feuerlichen Verhältnissen nicht entsprechend abzulehnen und mit den Prinzipalen am Ort in Verhandlungen einzutreten zwecks Erhöhung und Gewährung der Zulagen bereits vom 1. September ab.

wj. Steffin. Am 31. August versammelte sich in der „Rander Molkerei“ in überaus großer Zahl die tarifliche Gehilfenchaft, wo Gehilfenvertreter Paul Hannack einen Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses gab. In einstimmig gefaßter Entschleunigung dankten die Kollegen unsern Vertretern für das energische Eintreten der Gehilfeninteressen und erkannten das materielle Ergebnis vorläufig als einen kleinen Ausweg für die immer noch bestehende Verteuerung an. Schärfste Mißbilligung wurde über den späten Einlieferungstermin und die lange Weltungsdauer ausgesprochen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Ein Abschiedswort. Anfang Oktober scheidel unter selbstiger Mitwirkung der Verbandsorgane Peter Grammann aus seinem Amt, um dem an ihn ergangenen Rufe des Nürnberger Gewerkschaftskongresses Folge zu leisten. Als die Nürnberger Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1903 die Anstellung eines zweiten Verbandsvorsitzenden zur Unterstützung des Kollegen Böblin beschloß, da galt Peter Grammann nach allgemeinem Urteil als der bestgeeignete Mann. Als Leiter des zweitgrößten Gewerkschaftsbezirks Westfalen besaß er eine gründliche Kenntnis der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit all ihrer Kleinarbeit und verlor nie im übrigen auch über das nötige Rüstzeug, das ein Organisationsleiter sein eigen nennen muß. Die Wahl Grammanns wurde, das darf man wohl sagen, im gesamten Verbandsgebiet, in Großstadt und Provinz. Aber ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen. Mit taftlicher Annsicht und unbefriedigbarem Geschick hat Kollege Grammann, zum größten Teil an der Seite unsern unergötlichen Böblin, die ihm übertragenen Aufgaben jederzeit getreulich erfüllt, und nur ungern sehen ihn seine engeren Mitarbeiter und seine Verbandskollegen scheiden. In einer Zeit, wo sich um allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ein entscheidungsvolles Ringen vollzieht, tritt Peter Grammann neben Legien an die Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schwer wird er unter den heutigen Verhältnissen zu ringen haben, um sich in der allgemeinen Arbeiterbewegung das gleiche Vertrauen zu erobern, das er bei den Buchdruckern besessen hat. Doch wir zweifeln nicht daran, daß es ihm in dem bedeutend erweiterten neuen Wirkungsbereich mit Hilfe seiner persönlichen Fähigkeiten und der in langjähriger Gewerkschaftsarbeit gesammelten Erfahrungen gelingen wird, sich durch Ansehen und Geltung zu verschaffen im Interesse eines planmäßigen weiteren Aufstiegs der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung. In diesem Sinne dem von uns Scheidenden ein aufrichtig gemeinsames Glückwuns!

Buchdrucker im Gemeindedienst. Als besoldeter Gemeindevorsteher für Wiltgiersdorf (Schlef.) wurde Kollege Hermann Stöcker gewählt.

Buchdrucker im Gerichtsdienst. Kollege Heinrich Reimers in Alzen wurde als Geschworener ausgelost.
Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins. Am 15. und 16., eventuell noch am 17. Oktober wird die ordentliche Hauptversammlung der Prinzipalorganisation in Verbindung mit der Feier ihres 50jährigen Bestehens in Leipzig nach folgendem Programm stattfinden: Mittwoch, 15. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, Festakt im Saale des Städtischen Kaufhauses, Suppergasse 1. Abends 7 1/2 Uhr Festessen im großen Saale des „Zoologischen Gartens“. Donnerstag, 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins im „Krisallpalast“. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1917/18; 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1918; 3. Aufstellung des Voranschlags für 1920; 4. Festschließung der Mitgliedsbeiträge; 5. Festschließung der den Mitgliedern der Vereinsorgane zu gewährenden Reisekosten und Tagesgelder; 6. Errichtung einer Pensionskasse für die Vereinsangestellten; 7. Vornahme der wahlgesetzlichen Neuwahlen; 8. Bericht über die Vorgänge auf sozialtariflichem Gebiet und den gegenwärtigen Stand des Deutschen Buchdruckerlohnstatts; 9. Besprechung über den Deutschen Buchdruckerlohnstatts und seine Durchführung; 10. Aussprache über den Fonds für besondere Zwecke; 11. Besprechung über das Wirtschaftsamt des Deutschen Buchdruckervereins; 12. Bericht über die Feuererzeugnissegenossenschaft Deutscher Buchdrucker; 13. Bestimmung des Ortes für die nächstjährige Hauptversammlung; 14. Sonstige Angelegenheiten.

Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft. Die diesjährige ordentliche Genossenschaftsversammlung findet am 15. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Gutenberghalle des Buchgewerbehäufes zu Leipzig statt. Eine umfangreiche Tagesordnung bairt ihrer Erledigung.

Gegen die Anzeigensteuer. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger legte auf telegraphischem Wege beim Reichsstaatsminister noch einmal nachdrücklich Protest ein gegen den Plan einer Sonderbesteuerung des Anzeigenteils der Zeitungen. Eine solche Ausnahmesteuerung stelle eine schwere Ungerechtigkeit dar und würde die schon von wirtschaftlichen Kassen stark bedrückten Zeitungen auf das empfindlichste treffen und zugleich durch Abwanderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das schwerste gefährden. Der durch die Sonderbesteuerung unvermeidlich eintretende Zulammenbruch dieser Zeitungen würde überdies einmütig die Interessen der Allgemeinheit auf das tiefste berühren.

Ein Stapel über Schmutzkonkurrenz. In einer Zuschrift aus Bonn beschlößte sich die „Rheinische Zeitung“ vor kurzem mit den Konkurrenzverhältnissen unter den Bonner Buchdruckerbetrieben und führte dabei einen kräftigen Beweis von Preisunterbietung an. Eine große farblich-arteitliche Art mit sehr, sehr viel Farb, die diesmal durch die Maschine laufen muß, im Formate 80/92 cm, wurde von einer Behörde angeboten. Bei einer Auflage von 700 Stück forderte eine Firma 850, eine zweite 620 und die dritte Firma, die denn auch den Zuschlag erhielt, 500 und 1.000 M. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Papier, besonders in der großen und schweren Qualität, heute gewaltig teuer ist. Es ist einfach unverständlich, wie der betreffende Prinzipal oder dessen Vertreter die Arbeit berechnet hat. Eins aber ist sehr klar, wenn der betreffende Herr sagt, er könne bald nicht mehr die tariflichen erhöhten Löhne bezahlen, er sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit im Punkte Bezahlung klar. Besten, dann muß man dies einem solchen „Rechenmeister“ glauben. Wer so dafür sorgt, daß das Buchdruckgewerbe noch mehr auf den Grund gebracht wird, als es teilweise ohnehin schon ist, eben durch die grenzenlose Preisunterbietung, der wird über kurz oder lang einsehen müssen, daß seine Erfindung nicht mehr von langer Dauer sein wird, aber nur infolge seiner eigenen Kurzsichtigkeit.

Änderungen beim Neudruck von Schulbüchern. Der preußische Kultusminister hat angeordnet, daß bis zu der demnächstigen Neugestaltung des Schulbücherverweises bei etwa notwendig werdenden Neudrucken die Bilder des früheren Kaisers und seiner Familie auszuschalten sind, da sie nur zur Verherrlichung der Dynastie und zur Pflege des bisherigen Staatgedankens bestimmt waren. Auch sind alle Verweise zu entfernen, die sich in meist anstößiger Weise mit der bisherigen Kaiserfamilie beschäftigen. Weltlichlich bedeutungsvolle Bilder und Ergänzungen werden von dieser Maßnahme nicht berührt. Ein Erlass dieser Verordnungen erreicht zunächst nicht notwendig. Die Provinzialschulkollegen sollen den für ihren Bereich in Frage kommenden Verlagsanstalten und Druckereien von dieser Verordnung Kenntnis geben.

Belehrung über den Buchdruck. Im wissenschaftlichen Theater der Berliner „Urania“ hielt die Deutsche Lichtbildgesellschaft drei Lehrfilme über den Buchdruck vorführen: „Die Entstehung der Drucktype“, „Wie ein Buchdruckstab entsteht“ und „Die Entwicklung der Buchdruckerkunst“. In einer Fülle von Material, zu der Schauobjekte aus dem Deutschen Kulturmuseum und dem Deutschen Buchgewerbehause in Leipzig sowie aus großen Zeitungsbetrieben zur Verfügung gestellt worden waren, gelang es, eine anschauliche Darstellung des Werdens einer Zeitung zu geben.

Eine französische Zeitung in Mainz. Der französische Einfluss auf die deutsche Presse im besetzten Gebiete hat schon größere Gestalt angenommen. Wie aus Mainz berichtet wird, erscheint dort als erstes derartiges Unternehmen in Deutschland eine französische Tageszeitung unter dem Titel „ECHO du Rhin“.

Kohlenmangel überall. Die Kohlennot macht sich jetzt bereits in allen Industriezweigen stark fühlbar, und es ist gar nicht abzusehen, was erst bei Eintritt der Winterkälte in vielen Betrieben werden soll. Eine Rundfrage bei den Berliner Gasanstalten ergab beispielsweise, daß diese durchschnittlich nur für 48 bis 72 Stunden Kohlenvorrat besitzen, während die Elektrizitätswerke nur für vier bis fünf Tage Kohlen besitzen. Unter einer kaum noch zu vermeidenden Katastrophe wird auch das graphische Gewerbe empfindlich zu leiden haben. Schon kann man in verschiedenen großen Zeitungen von einem Verlegen der Sechsmaschinen infolge mangelnden Gasdrucks lesen, was teigliche Einschränkungen zur Folge hat. Auch einer ausreichenden Volksversorgung drohen erhebliche Schwierigkeiten durch die Kohlennot. Während noch vor einiger Zeit von den maßgebenden Stellen angekündigt worden war, daß die Festverorgung sich im Herbst bessern würde, ist leider das Gegenteil eingetreten. Die zur Verteilung kommenden Restmengen sind gerade in den letzten Wochen bedeutend schmaler geworden. Auch diese bedauerliche Tatsache hängt, wie vom Reichsernährungsamt auf Anfrage mitgeteilt wurde, mit dem Mangel an Kohlen zusammen. Es sind, so wird ausdrücklich versichert, genügend Kohlenstoffe vorhanden, um die in Aussicht gestellte Erhöhung der Bezahlung sowohl in Margarine als auch in Speisöl durchzuführen. Viele Fabriken aber kommen infolge des Kohlenmangels ihren Lieferungsverpflichtungen nicht nach.

Ausdehnung des Streiks in der Berliner Metallindustrie. Mit der Zunahme der Zahl der Streikenden nimmt auch die Ausdehnung zu. Die erstere dürfte nach den vorliegenden Zeitungsmitteilungen etwa 20.000, die letztere etwa 32.000 betragen. Die weitere Ausdehnung der Bewegung hängt mit der Arbeitsüberlegung der Arbeiter und Maschinen eng zusammen. Infolgedessen

